

**Kleine Anfrage**  
**der Fraktion der SPD**

**betr. Rechtsansprüche unehelicher Kinder von Vätern,  
die Angehörige der stationierten Streitkräfte sind**

Wir fragen die Bundesregierung:

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um im Falle einer weiteren Verzögerung des Inkrafttretens des Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) und der Zusatzvereinbarungen vom 3. August 1959 im Sinne der Entschließung des Bundestages vom 4. Mai 1961 im größtmöglichen Umfange für die Sicherstellung und Durchsetzung der Rechtsansprüche unehelicher Kinder gegenüber Angehörigen der Streitkräfte einzutreten?

Bonn, den 25. März 1963

**Ollenhauer und Fraktion**